

„Neuordnung der europäischen Asylpolitik“

Monika Drexler,
Journalistin

Niclas Herbst kandidiert für die CDU bei der Wahl des Europäischen Parlaments 2019. Er ist Mitglied des CDU Landesfachausschuss Europa und Politikwissenschaftler. Die CDU/CSU-Gruppe ist Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europaparlament.

Was hat Sie daran gereizt Europapolitiker zu werden?

Ich komme aus einem ehemaligen Zonenrandgebiet, aus Ratzeburg. Für mich war die Zeit um 1989/90 mit der Solidarnosc-Bewegung, den mutigen Ungarn damals, die Grenzzäune durchschnitten, politisch prägend. Es waren gute Zeiten für Europa, die mir gezeigt haben, dass der europäische Gedanke sehr positiv ist. Er ist zu meiner politischen DNA geworden.

Heute entstehen wieder Grenzzäune, um sich abzuschotten. Gibt es für Sie persönlich einen Bezug zur Asylpolitik?

Ich kenne Leute, die sich in der Flüchtlingspolitik engagiert haben und hatte engeren Kontakt zu einem afghanischen Sprachmittler in der Bundeswehr.

Warum sollten Leute, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, Ihre Partei, die CDU, wählen?

Weil wir einen Ausgleich brauchen zwischen Vernunft und Gefühl. Wir müssen beides, die Nächstenliebe, aber auch die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, in Einklang bringen. Meine persönliche Überzeugung ist, wenn eins von beiden aus der Waagschale fällt, dann entsteht daraus keine gute Politik. In der CDU engagieren sich sowohl Flüchtlingshelfer als auch Befürworter einer Stärkung der Inneren Sicherheit. Wir tragen den gesellschaftlichen Konflikt zur Flüchtlingspolitik stärker in uns als alle anderen Parteien. Das sind gute Voraussetzungen für eine ausgewogene Position der Mitte.

Ganz konkret: Wie stehen Sie zur Initiative „Seebrücke“?

Ich sehe jedes Engagement der Helferinnen und Helfer, Menschen vor dem

Interview mit Niclas Herbst

Ertrinken zu retten, als positiv an. Das Wichtigste aber für mich ist, dass wir erreichen, dass die Menschen erst gar nicht in die Boote steigen. Schleswig-Holstein hat sich in dieser Frage gut verhalten und gezeigt, dass wir den Menschen helfen und bereit sind, etliche aufzunehmen. Das Land hat ein Aufnahmeprogramm beschlossen. Ich finde, das ist der richtige Geist. Aber man muss auch den nächsten Schritt machen und sich überlegen, wie verhindern wir, dass Menschen überhaupt in die Boote steigen.

Wie beurteilen Sie vor dem Hintergrund die Operation Sophia der Europäischen Union (EU), die sich in erster Linie gegen Schlepper richtet und wie sollte sie Ihrer Auffassung nach künftig gestaltet sein?

Was von den Soldaten und Soldatinnen neben der Bekämpfung von Schlepperbanden und Schleusern auch zur Seenotrettung geleistet wurde, ist aller Ehren wert. Grundsätzlich sollte Europa in der Lage sein, solche Aktionen gegen Schleuser durchzuführen. Sehr kritisch sehe ich daher die Rolle der italienischen Regierung, die einen durchschlagenden Erfolg der Aktion verhindert. Das zeigt auch, welche schlimmen Auswirkungen es hat, wenn Rechtspopulisten an die Macht kommen. Damit „Sophia“ wieder Sinn macht, müssen die Schiffe wieder an der Zwölf-Meilen-Zone vor der Küste Libyens operieren können.

Wie ist Ihre Haltung zur Debatte um eine Reform des Dublin-Systems?

Wir brauchen insgesamt eine Neuordnung der europäischen Asylpolitik. Kommission und Rat haben erste Schritte eingeleitet. Jetzt ist das Europäische Parlament am Zug, um Entscheidungen zu treffen zu wichtigen Fragen wie Rückfüh-

rungsrichtlinie, dem Ausbau der Grenz- und Küstenwache und dem Aufbau einer europäischen Asylagentur. Das werden alles Schwerpunkte des neuen Parlamentes für die nächste Legislaturperiode sein. Das Problem ist, dass es dazu völlig unterschiedliche Ansichten der Nationalstaaten gibt.

Ein wichtiges Thema ist auch der Familiennachzug von Familienangehörigen. Wie weit oder eng definieren Sie Familienangehörige?

Ich glaube nicht, dass wir die Problematik lösen, wenn wir den Familiennachzug möglichst locker sehen oder ganz weit fassen. Sonst ist meiner Ansicht nach eine Grenze erreicht, bei der wir überlegen müssen, ob noch eine Aufnahmebereitschaft in der Bevölkerung gegeben ist. Auf der anderen Seite macht es mich als Christdemokrat, der Familienzusammenhalt als ganz wesentlichen Wert und hilfreich für die Integration ansieht, schon sehr nachdenklich, dass die von der jetzigen Bundesregierung getroffene Nachzugsregelung von etwa 1.000 Menschen im Monat gar nicht erreicht wird. Ich persönlich finde, dass beim Nachzug minderjähriger Geschwister Erleichterungen sinnvoll wären.

Die Asylpolitik entzweit die EU wie kaum ein anderes Thema. Wo sehen Sie Möglichkeiten, dem Vormarsch der Rechtspopulisten in Europa entgegenzuwirken?

Die Rechtspopulisten bekommen ihre Stimmen dadurch, dass sie den Wählern erklären, dass sie in der Lage sind, die Nationalstaatlichkeit stärken und die Globalisierung zurückdrehen zu können. Das ist aber falsch. Die USA ziehen sich aus der Sicherheitsarchitektur zurück, die Chinesen drängen in allen Bereichen nach vorn.

Die Bankenkrise hat doch gezeigt, wie wir von internationalen Systemen abhängig sind. Wer glaubt, dass Deutschland in einer sich so verändernden Welt noch rein nationalstaatlich agieren und ohne starke Partner für die Sicherheit in Europa garantieren kann, ist auf dem Holzweg.

Was wollen Sie denn als Europa-abgeordneter anders machen, um den Rechtspopulist*innen politisch zu begegnen?

Die EU muss sich wieder mehr mit Themen beschäftigen, die den Menschen näher sind. Etwa wie vom Unionsbewerber um den EU-Kommissionsvorsitz Man-



fred Weber vorgeschlagen, den Kampf gegen Krebs zu einem zentralen Anliegen der EU zu erklären. Die EU kümmert sich meiner Ansicht nach noch zu oft um Kleinigkeiten wie Strohhalme beim Kindergeburtstag. Man muss Rechtspopulisten entlarven, deutlich machen, was sie fordern, und zeigen, was passiert, wenn sie nicht nur reden, sondern auch handeln können wie zum Beispiel in Italien oder beim Brexit.

Europa steckt derzeit in der Krise. Wie sehen Sie die Zukunft der EU?

Ich bin überzeugt, dass eine funktionierende EU enorm wichtig für Sicherheit und Wohlstand in Europa ist. Sie ist aber auch in Gefahr, da diejenigen, die einfache Antworten glauben geben zu können, auf dem Vormarsch sind. Wir müssen international viel stärker als bisher vernetzt agieren. Die Forderung nach der „Bekämpfung von Fluchtursachen“ wird beispielsweise oft nur als Alibi erhoben. Wir müssen als Europäer aber damit ernst machen, etwa dadurch, dass wir mit der vollen Kraft der EU die Entwicklung gerade im Chancenkontinent Afrika stärken. Dies wird eine zentrale Aufgabe der EU in den nächsten Jahren sein müssen. Ich bin überzeugt, die Geschichte wird zeigen, dass die EU allen Stürmen trotzen wird.

Niclas Herbst

... (46) lebt mit seiner Familie in Kiel. Der gebürtige Ratzeburger absolvierte den Wehrdienst als Hauptmann der Reserve, bevor er 1994 an der Kieler Universität das Studium in Politikwissenschaft, Öffentlichem Recht und Psychologie aufnahm, das er mit Magister Artium abschloss. Von 2005 bis 2012 saß Herbst für die CDU im Schleswig-Holsteinischen Landtag, ab 2009 als europapolitischer Sprecher der Fraktion und ab 2010 als Mitglied des Ausschusses der Regionen der EU.

2008 übernahm er den stellvertretenden Vorsitz der Europa-Union Schleswig-Holstein. Beruflich engagierte sich Herbst 2012 bis 2017 in einer internationalen Beratungsagentur. Als Spitzenkandidat folgt er dem langjährigen Europaabgeordneten Reimer Böge nach, der bei der Wahl nicht mehr antritt.